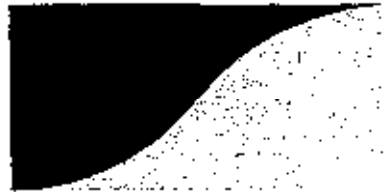


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Ingrid Matthäus-Maier
MdB zum EG-Gipfel
und den SPD-Erwar-
tungen an die Bonner
Position; Acht Punkte
für Lissabon.

Seite 1

Rolf Langenberger MdL
zur SPD-Forderung, die
Austorschung mit Fra-
gebogen endlich zu
beenden: In Bayern
wird weiter geschnüf-
felt.

Seite 4

Rezension
Ingo Arend stellt das
von Michael Moll und
Barbara Weiler heraus-
gegebene Buch "Lyrik
gegen das Vergessen"
vor.

Seite 5

47. Jahrgang / 118

24. Juni 1992

Acht Punkte für Lissabon

Zum EG-Gipfel und den SPD-Erwartungen an die Bonner Position

Von Ingrid Matthäus-Maier MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Der Gipfel in Lissabon muß dazu genutzt werden, Europa den Bürgern wieder näher zu bringen. Die Bundesregierung muß deshalb dafür sorgen, daß erkennbare Defizite und Ärgernisse dort in Angriff genommen werden. Sie muß deshalb auf dem europäischen Gipfel in Lissabon folgenden Acht-Punkte-Katalog einbringen und dafür sorgen, daß seine Erfüllung auf den Weg gebracht wird.

1. Auf dem Gipfel von Lissabon muß verbindlich vereinbart werden, daß das demokratische Defizit in der EG beseitigt wird. Die europäische Politik muß auf allen Ebenen stärker parlamentarisch kontrolliert werden. Bei allen wichtigen Brüsseler Entscheidungen, die auf Regierungsebene ausgehandelt werden, muß eine parlamentarische Kontrolle garantiert sein, sei es auf der Ebene der nationalen Parlamente oder des europäischen Parlaments. Denn wir wollen nicht ein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa der Demokraten.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den europäischen Partnern den deutschen Parlamentsvorbehalt für den endgültigen Übergang zur Währungsunion mitzuteilen. Der Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion kann nicht automatisch erfolgen, sondern erfordert eine erneute politische Bewertung und Entscheidung durch Bundestag und Bundesrat. Dabei werden Bundestag und Bundesrat sorgfältig prüfen, ob die Voraussetzungen für eine stabile europäische Währung gegeben sind.
3. Die in Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien dürfen nicht durch politische Kompromisse aufgeweicht werden. Nur die Länder dürfen in die Währungsunion aufgenommen werden, die die strikten Stabilitätskriterien erfüllen: Stabiles Preisniveau, gesunde Staatsfinanzen, stabile Wechselkurse, wirtschaftliche Konvergenz. Wer das nicht erfüllt, ist in der ersten Runde nicht dabei. Das heißt: Es wird bei der Währungsunion wahrscheinlich eine Kern-Währungsunion der stabilsten Länder geben. Das ist auch kein Unglück. Auch beim EWS mußten einige Länder den Vorreiter spielen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltungsdienst
mit wertvollen Reiseinfos
Aussteller-Papier



4. Die Währungsunion muß durch eine schrittweise Schaffung der politischen Union abgesichert werden. Nur wenn die Stabilitätspolitik der Europäischen Zentralbank durch eine entsprechende Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Mitgliedsländern unterstützt wird, kann der Stabilitätskurs der Europäischen Zentralbank wirksam unterstützt werden. Wenn beispielsweise eine nationale Zinssteuerung oder nationale Geldmengensteuerung nicht mehr erfolgen können, müssen die Wirtschafts- und Finanzpolitiken der Mitgliedsländer stärker aufeinander abgestimmt werden. Expansive Finanzpolitiken könnten sonst die Stabilitätspolitik der Zentralbank durchkreuzen. Eine solche Koordination muß durch entsprechende Verpflichtungen im Rahmen der Politischen Union festgelegt werden.

5. Die Sozialunion muß gleichrangig zur Wirtschafts- und Währungsunion vorangebracht werden. Wir brauchen ein Europa nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Arbeitnehmer. Es ist bedauerlich, daß sich England der Sozialunion bisher nicht angeschlossen hat. Ein Sozialdumping innerhalb der EG ist mit den Zielen der Gemeinschaft nicht vereinbar, wie sie im Maastrichter Vertrag festgelegt sind.

6. Auf dem Gipfel in Lissabon müssen die Weichen dahin gestellt werden, daß auch in Europa endlich gespart wird. Die notwendigen Mittel für den Kohäsionsfonds und die Mittelaufstockung für den Strukturfonds müssen in erster Linie durch Umschichtung innerhalb des EG-Haushalts zu Lasten der Agrarausgaben aufgebracht werden. Bei der Aufstockung des Strukturfonds müssen die Rügen des Europäischen Rechnungshofs bezüglich der Verwendung der Strukturfondsmittel umgesetzt werden.

Die Finanzpläne der EG-Kommission, den EG-Haushalt von 130 Milliarden DM in 1993 auf 212 Milliarden DM (nominal) bis 1997 zu erhöhen, sind überzogen. Eine Anhebung der Eigenmittel der EG über 1,2 Prozent des BSP schon ab 1993 ist jedenfalls nicht notwendig. Der eigene Haushaltsentwurf der EG-Kommission für 1993 liegt bei 1,14 Prozent des BSP, das heißt immer noch 0,06 Prozent unterhalb der Marge von 1,2 Prozent. Das ergibt einen finanziellen Spielraum von mindestens 3,5 Milliarden ECU beziehungsweise 7 Milliarden DM pro Jahr. Außerdem ergibt sich eine Steigerung des Finanzrahmens der EG automatisch aus der Steigerung des BSP durch das Wachstum, das heißt der EG-Finanzrahmen wächst im gleichen Tempo wie das BSP. Daraus folgt: Die bisherigen Mittel von 1,2 Prozent des BSP müßten bei sparsamer Haushaltsführung aus heutiger Sicht noch 1993 und 1994 ausreichen. Da hier häufig reale neben nominalen Zahlenangaben erscheinen und zudem oft mit unterschiedlicher Währungsangabe, verweise ich auf die in der Anlage beigefügte Übersicht.

Für die Jahre ab 1995 kann vor dem Hintergrund der Finanzlage in den Mitgliedsländern und nach der notwendigen Konkretisierung der Aufgaben binnen dieser zwei Jahre neu entschieden werden.

Zu fragen ist auch, ob der EG-Haushalt wirklich etwa deshalb erhöht werden muß, um die Strukturfondsmittel für die neuen Bundesländer um sechs Milliarden DM aufzustocken. Wäre es nicht auch möglich, diese Mittel direkt aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen und nicht über die Umwegstation Brüssel auf die Reise zu schicken?

Auch in der EG muß sich stärker der Grundsatz durchsetzen, daß, wenn man etwas Neues finanzieren will, dafür an anderer Stelle gespart wird. Ein Grundsatz, den wir auf nationaler Ebene erfolgreich praktizieren. Dabei müssen alle EG-Töpfe auf den Prüfstand. Es ist nicht länger zu verantworten, daß die EG jährlich beispielsweise 25 Milliarden DM allein für Agrar-Exportsubventionen ausgibt. Die bisherigen Agrar-Reformpläne der EG gehen zwar in die richtige Richtung, sind aber längst noch nicht ausreichend. Sie dürfen nicht als Vorwand für eine weitere Aufstockung der Agrarausgaben führen, sondern müssen echte Einsparungen erbringen. Die Kürzung der EG-Agrarsubventionen ist auch erforderlich, um die deutsche und euro-

päische Industrie vor einem Welthandelskrieg bei einem Fehlschlag der GATT-Verhandlungen zu bewahren. Die Agrar-Leitlinie, die bisher eine Begrenzung des Agrar-Ausgabenanstiegs auf 74 Prozent des BSP-Wachstums vorsieht, muß abgesenkt werden.

7. Bestehende Ärgernisse der EG-Politik müssen beseitigt werden. Auch wenn es oft eher Kleinigkeiten sind, in der Summe beschädigen sie in den Augen der Bürger das Bild von Europa:

- Dazu gehört nicht nur die Korrektur der unsinnigen Regelung, die Pensionen für deutsche EG-Beamten schon an das Preisniveau in Berlin zu koppeln, obwohl dort die wenigsten wohnen.
- Dazu gehört auch, daß der EG wirksame Strafnormen zur Bekämpfung der höchst ärgerlichen Subventionsbetrügereien an die Hand gegeben werden.
- Dazu gehört schließlich die Verhinderung der von der EG-Kommission geplanten Einführung einer europaweiten "Bananensteuer". Die den Deutschen vertraglich von der EG zugesicherte Zollfreiheit bei der Einfuhr von Bananen darf nicht beseitigt, sondern muß auf alle anderen Mitgliedsländer ausgedehnt werden. Harmonisierung im Zuge des Binnenmarktes muß durch Abbau von Protektionismus, nicht durch das Aufrichten neuer Handelshürden erfolgen. Den französischen und spanischen Bananen-Landwirten können besondere Umstellungshilfen gewährt werden. Auch die GATT-Runde darf nicht durch eine neue Form des Zolls belastet werden, sondern es muß im Gegenteil ein weiterer Abbau von Zöllen erfolgen. Nur so kann den Entwicklungsländern wirksam geholfen werden. Es ist doch ein Aberwitz, die Märkte der Europäischen Gemeinschaft beispielsweise durch Zölle auf Bananen weiter abzuschotten, um dann den Entwicklungsländern auf internationalen Konferenzen großzügig eine Aufstockung der Entwicklungshilfe zu versprechen. Es ist nach der Devise zu handeln: Trade beats aid.

8. Den in der EG bestehenden Tendenzen von Bürokratisierung, Überreglementierung und Zentralismus muß entgegengewirkt und das Subsidiaritätsprinzip konsequent angewendet werden. Der Perfektionismus und Harmonisierungs-Übereifer durch die europäische Bürokratie müssen gestoppt werden. Die EG muß sich künftig noch mehr darauf beschränken, allgemeine Anforderungen an die Produktsicherheit zu stellen, und mehr Raum für eine gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen nationalen Vorschriften, Normen oder Zulassungsbedingungen zu gewähren. Bei vielen Vorhaben und Ausgaben der EG ist nicht einzusehen, warum der bürokratische Umweg über Brüssel genommen wird und nicht direkte nationale Förderungen erfolgen. Dadurch würden der EG kostspielige Prüfungen einer ordnungsgemäßen Verwendung der Gelder erspart und der bürokratische "Wasserkopf" abgebaut. Die EG sollte sich stärker auf die Formulierung von Zielen besinnen und die Ausfüllung der Ziele den Mitgliedsländern überlassen. Die EG-Kommission muß deshalb auf dem EG-Gipfel in Lissabon den Auftrag zu einer umfassenden europäischen Funktionalreform erhalten. Dadurch soll erreicht werden, daß die EG nur Aufgaben übernimmt, die von der nationalen oder regionalen Ebene nicht oder nicht zufriedenstellend erfüllt werden können.

(-/24. Juni 1992/rs/ks)

In Bayern wird weiter geschnüffelt
Zur SPD-Forderung, die Ausforschung mit Fragebogen endlich zu beenden

Von Rolf Langenberger MdL

Die Rechtfertigung des Fragebogens, der in Bayern die Regelanfrage des "Radikalenerlasses" ersetzt hat, fällt der Staatsregierung in München offensichtlich sehr schwer. Dieser Schluß ist aus der Tatsache zu ziehen, daß die Anfrage, die ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Gerda-Maria Haas, Toni Schimpl und Anne Voget Anfang April an die Bayerische Staatsregierung gerichtet habe, noch immer nicht beantwortet ist. Wir hatten wissen wollen, ob sich der Fragebogen mit den Forderungen der internationalen Arbeitsorganisation der UNO (ILO) vereinbaren läßt. Die ILO hatte im Frühjahr 1987 in Genf den "Radikalenerlaß" als nicht vereinbar mit dem Übereinkommen erklärt, in dem alle UNO-Mitglieder verbindliche Normen gegen Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf unterschrieben haben.

Die Fragebogen-Aktion, die nach einem Ministerbeschluß vom 3. Dezember 1991 seit Beginn dieses Jahres die seit 1973 geltende "Regelanfrage" beim Verfassungsschutz für Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst in Bayern abgelöst hat, wird von der bayerischen SPD-Landtagsfraktion als Fortsetzung der unseligen Schnüffelpraxis verurteilt. Sie widerspricht ebenso der UNO-Forderung wie die Gesinnungsschnüffelei des "Radikalenerlasses" und strapaziert die Toleranz in einer lebendigen Demokratie sehr stark.

So begrüßenswert es war, daß die Bayerische Staatsregierung die Untauglichkeit der Regelanfrage endlich erkannt und ihrer Abschaffung zugestimmt hat, so ist der Fragebogen als Ersatz noch schlimmer als alles bisher Dagewesene. Er hat offensichtlich den einzigen Sinn, junge Menschen noch stärker als bisher unter Druck zu setzen und zu Ja-Sagern zu erziehen. Innenminister Stoiber will einer ungebremsen Daten-Sammelwut fröhnen, wenn er selbst argumentiert, der Fragebogen sei "ein gezieltes und auf umfassende Erkenntnismöglichkeiten ausgerichtetes Verfahren". Im Klartext heißt das: Noch mehr Daten werden gesammelt, und der Druck auf engagierte junge Menschen wird zunehmen. Ein solches Verfahren ist zutiefst demokratie- und rechtsstaat-unverträglich.

In den vergangenen 20 Jahren waren bundesweit rund 11.000 formelle Berufsverbotsverfahren - darunter 136 Entlassungen von Beamten, Angestellten und Arbeitern und 2.200 Disziplinarmaßnahmen - eingeleitet worden. Wie die Initiative "Weg mit den Berufsverboten" feststellt, fanden rund vier Millionen sogenannte "Überprüfungen" statt, wobei der Verfassungsschutz in über 30.000 "Fällen" Dossiers erstellt hat. Bayern ist das letzte Land der Bundesrepublik, in dem der Radikalenerlaß - noch dazu in seiner schlimmsten Ausformung - praktiziert wird, nachdem auch Baden-Württemberg in der Zwischenzeit davon Abstand genommen hat.

Mit unserer Parlamentsanfrage verfolgen wir das Ziel, die CSU geführte Staatsregierung doch noch zu zwingen, die "sinnlose und diskriminierende Ausfragerei junger Menschen" endlich aufzugeben. Die bayerische SPD-Landtagsfraktion fordert, daß für jeden Bewerber in den öffentlichen Dienst grundsätzlich die positive Vermutung der Verfassungstreue gelten muß, sofern der Einstellungsbehörde nicht konkrete Tatsachen bekannt sind, die Zweifel daran begründen. Politische Meinung und Gesinnung dürfen nicht mehr allein maßgeblich für Zweifel an der Verfassungstreue sein.

Nachdrücklich appellieren wir an die Lernfähigkeit von CSU und Staatsregierung und erinnern sie an ihre bisherige Erfolglosigkeit: Die unselige Schnüffelpraxis des "Radikalenerlasses" bayerischer Prägung hat noch keinen einzigen echten Extremisten aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten, sondern lediglich Hunderte junger und engagierter Menschen - darunter viele Sozialdemokraten - gezwungen, sich in einem jahrelangen Rechtsstreit den Zugang in den Staatsdienst zu erzwingen. In all diesen Fällen ist die Staatsregierung letztinstanzlich unterlegen. Doch Innenminister Stoiber zeigt bisher wenig Lernfähigkeit.

(-/24. Juni 1992/rs/ks)

REZENSION

Als die Welt erlosch: KZ-Lyrik gegen das Vergessen

Michael Moll/Barbara Weiler (Hrsg.): Lyrik gegen das Vergessen Gedichte aus Konzentrationslagern. SP-Verlag, Marburg 1991. 120 Seiten, 24,80 DM.

"Nekrophilie ist Liebe zur Zukunft". Auf dieses Paradoxon hatte jüngst der Berliner Dramatiker Heiner Müller die Frage nach übriggebliebenen Perspektiven einer durch ein Übermaß historischer Schuld gelähmten Gesellschaft gebracht: "Man muß die Anwesenheit der Toten als Dialogpartner oder Dialogstörer akzeptieren, Zukunft entsteht allein aus dem Dialog mit den Toten." Doch die Toten, die bei uns an Krieg und Judenmord erinnern könnten, bleiben so stumm, wie die ehernen Tafeln an Kriegermalen und Gedenkstätten, von denen sie "mahnen".

Nun gelang es den verdrängungsüchtigen Mehrheitsdeutschen hüben wie drüben nicht, eine Kultur des Erinnerns zu etablieren, die nach einer alten Rabbinerweisheit das Geheimnis der Erlösung ist. Und zu den Paradoxien des hierzulande üblichen Erinnerungsbetriebes gehört es, daß sie sich hinter der pflichtgemäßen, ritualisierten Beschwörung eher endgültig verflüchtigt als schmerzhaft einstellt und Adornos These bestätigt, nach der unsere hochrationalisierten Industriegesellschaften dazu neigen, Erinnerung und Gedächtnis als einen "irrationalen Rest zu liquidieren".

Anders jedoch, wer die seit einiger Zeit ebenso ungewöhnliche wie erfolgreich laufende Veranstaltungsreihe der SPD-Bundestagsabgeordneten Barbara Weiler "Lyrik gegen das Vergessen" besucht hat. Die unorthodoxen neuen Formen politischer Auseinandersetzung, die die Partei händeringend sucht, praktiziert die osthessische Abgeordnete seit langem. Ihr Markenzeichen sind konfliktthemenorientierte, offene Kultur- und Diskussionsveranstaltungen jenseits der traditionellen Politikbarriere hohler Verkündung lauwarmer Parteikonsense unter dem Motto: "Barbara Weiler lädt ein". Sie stoßen gerade bei Nichtsozialdemokraten auf Interesse.

Seit 1985, als sie noch als Kommunalpolitikerin im niederrheinischen Willich wirkte, versucht sie die Toten sprechen zu lassen und Erinnerungsarbeit bei einem breiten Publikum zu stimulieren - durch Gedichte und Lieder von in den KZs umgekommenen, die der Münsteraner Germanist Michael Moll nach einem Polenbesuch mühsam in einer Examensarbeit zusammengetragen hatte. Erst nach sieben Jahren gelang es Barbara Weiler jetzt einen Verlag zur Veröffentlichung der Lyrik aus den Vernichtungslagern zu bewegen. Wie ein Steinschlag sind die Gedichte in die Unkultur der schwatzhaften öffentlichen Erinnerung eingestürzt. Die Lesungen erfuhren soviel Resonanz, daß sie nun bundesweit durchgeführt werden. Zuletzt wurden sie und Michael Moll nach Bucherwald eingeladen. Auf der Lesung in der neuen Berliner Gedenkstätte "Haus der Wannseekonferenz", dem Ort, wo 1942 die "Endlösung" der Judenfrage beschlossen wurde, sprach Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth.

Die Autoren der Gedichte sind nicht in germanistischen Handbüchern verzeichnete Meister einer heroischen Ästhetik des Widerstandes sondern einfache, in den KZ's schließlich umgebrachte Menschen, denen die bevorstehende Auslöschung ein letztes Lebenszeichen abrang - oft in die Wände der Todeszellen geritzt oder auf Wurstspalten geschrieben. Die verzweifelte Bitte des KZ-Häftlings Peter David Blumenthal-Weiß, 1944 im KZ-Auschwitz geschrieben: "Vergeßt nur nicht, wenn wir auch nimmer wiederkehren" aber scheint mit diesen Lesungen erhört. Das reale Grauen von Judenmord und Deportation verblasst oft hinter den abstrakten

Theorien der Faschismustheorien. Doch die Stimmen dieser Opfer machen das alltägliche Leid in den Ghettos, Zuchthäusern und Gestapo-Kellern unmittelbar und schmerzlich nachvollziehbar.

Angefangen von der Festnahme, wo "die Welt erlosch" über das Lagerleben zwischen Hunger und dem resignierten Erdulden der tiefsten Erniedrigungen bis zum endgültigen Transport, zu Tod und Vernichtung. Ihre anrührenden, unter dem Druck des nahen Endes komprimierten Verse, Hilferufe wie beeindruckend poetischen Lebensbilanzen, vorgetragen von der Frankfurter Schauspielerin Ursula Illert, sind "lyrische Dokumente", die eine andere Form der Erinnerung und der Identifikation mit den Opfern hervorrufen als jede sozialwissenschaftliche Erkundung es vermöchte. Vielleicht kann gerade dieses Hören auf die Toten jene demokratische und soziale Energie freisetzen, die, wie es Margarete Mitscherlich auf einer Lesung im Hessischen Landtag hervorhob, von der noch immer unbewältigten Trauer und Scham gefesselt bleibt und sich dieser Tage als Selbsthaß zu Fremdenhaß verwandelt?

Im Angesicht des bevorstehenden Endes in den Lagern war der letzte Ausweis menschlicher Selbstbehauptung, war Handeln unmöglich. In der "Schule des Todes", so ein Gedichttitel von Alfred Kittner, "steht vor dem Rost ich nackt und bloß". Die unausweichliche Vernichtung schuf eine eigene Wahrheit, die Celans Todesfugen-Metapher von dem "Grab in den Lüften" mit einfachen, und umso erschütternderen Worten beschreibt: "Alles, alles wird verbrannt" schrieb die 13jährige Ruth Klüger im Konzentrationslager Auschwitz, "einzig wahr ist der Kamin". An diesem Ende blieb als letzte Form der Selbstbehauptung gegen die Entmenschlichung nur noch das Wort. Vor diesen Versen bleibt man so sprachlos stumm wie die Teilnehmer am Ende jeder Lesung der "Lyrik gegen das Vergessen".

Gerade deshalb scheinen diese Gedichte der zwischen Sein und Nichtsein dahindämmern- den, Adornos 1949, unmittelbar nach dem Exil ausgesprochene These zu bestätigen, daß nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben, barbarisch und unmöglich sei. Bestätigt sie aber nicht eher Heiner Müllers Diktum von unreglementierter Lyrik als letztem möglichem Widerstand des Individuums gegen eine durch immer hermetischere, sprachliche wie lebenspraktische Funktionszwänge unmenschlich gewordenen Wirklichkeit?: "Adornos These", so Müller, "ist völlig kapitulantenhaft. Das Gegenteil ist richtig. Nach Auschwitz nur noch Gedichte. Denn Lyrik ist Ausstieg aus der Wirklichkeit". Der Vergleich mag provozieren, aber welche Form menschlicher Selbstbehauptung könnte heute aktueller sein angesichts der immer gleichförmigeren Fassaden unser nur mühsam demokratisch verbrämten Techno- und Amüsierdiktaturen?

Ingo Arend

(-/24. Juni 1992/rs/ks)

+++

Termine und Informationen über die Veranstaltungsreihe bei Barbara Weiler MdB, Bundeshaus, Bonn, oder Heinrichstraße 4a, 6400 Fulda.
